



Regierungsrat Dieter Egli, Fachstellenleiterin Mirjam von Felten, Yvonne Meier (Kommission häusliche Gewalt) und Peter Walther, Abteilung Sonderschulen.

Bild: Severin Bigler

Raus aus dem Tabu

Der Regierungsrat präsentiert einen Massnahmenplan gegen häusliche Gewalt und Gewalt an Frauen.

Eva Berger

Im Jahr 2021 ist es im Aargau zu 567 Strafanzeigen wegen Gewalt in der Ehe, Partnerschaft oder Familie gekommen. Zwei Personen wurden im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt getötet, dazu gab es fünf Tötungsversuche. Täglich muss die Polizei kantonsweit sechsmal wegen häuslicher Gewalt eingreifen, die Zahl der Polizeiinterventionen nehme gar noch jährlich zu, die Dunkelziffer ist vermutlich hoch. «Das macht betroffen, es ergibt sich ein trauriges Bild», sagte Regierungsrat und Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, Dieter Egli, am Donnerstagmorgen an einer Medienkonferenz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Seit dem 1. April 2018 ist die

Konvention in der Schweiz in Kraft, die Umsetzung liegt bei den Kantonen. Der Aargauer Regierungsrat hat vor den Sommerferien einen Massnahmenplan erarbeitet und gestern präsentiert. «Es ist ein Tabuthema», sagte Dieter Egli. Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt seien aber keine private Angelegenheit und dürfen nicht toleriert werden. Damit man gegen sie angehen könne, müsse man sie auch sichtbar machen.

Neun Themenfelder, insgesamt 13 Massnahmen

In neun Themenfeldern von «Sexuelle Belästigung» über «Schutzeinrichtungen» und «Genitalbeschneidungen» bis «Öffentlichkeitsarbeit» sind 13 Massnahmen definiert. Umgesetzt werden diese hauptsächlich innerhalb der bestehenden Strukturen.

Mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention betrete der Aargau denn auch kein Neu-

land, er habe bereits namhafte Anstrengungen gegen häusliche Gewalt unternommen, sagte Mirjam von Felten, die Leiterin der kantonalen Fachstelle Häusliche Gewalt. Die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den verschiedenen Institutionen habe sich bewährt, zudem unterhalte der Aargau bereits fortschrittliche Modelle – wie etwa die Fachstelle gegen häusliche Gewalt, die 2003 eingerichtet worden ist.

Nachholbedarf bestehe aber in der Weiterbildung von Fachpersonen und Freiwilligen sowie in der Öffentlichkeitsarbeit. Das Angebot des Kantons bei der Problematik häusliche Gewalt sei noch zu wenig bekannt, so Mirjam von Felten, auch die Bevölkerung soll besser inform-

567

Strafanzeigen wegen häuslicher Gewalt gab es im Aargau 2021.

miert und sensibilisiert werden. Dafür wird eine Webplattform mit Angeboten für Betroffene und Fachpersonen lanciert. Auch eine einheitliche und aussagekräftige Statistik wird aufgebaut, deren Ergebnisse dazu dienen sollen, häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen.

Mit dem Massnahmenplan soll auch die Arbeit mit den gewaltausübenden Personen verstärkt werden. Bisher können Aargauerinnen und Aargauer ein Lernprogramm des Kantons Basel-Landschaft besuchen, in Zukunft gibt es dieses Angebot, neben der Gewaltberatung, auch im Aargau. Behörden können damit das Lernprogramm konsequenter anordnen.

Weiter hat der Regierungsrat beschlossen, bereits bestehende Projekte und Massnahmen weiterzuführen oder zu erweitern. So wird für das Frauenhaus eine Bedarfsabklärung durchgeführt. Auch für einen Telefondienst und einen nieder-

schwelliger Zugang zu einer Notunterkunft für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche wird die Nachfrage abgeklärt. Die Prävention von weiblicher Genitalbeschneidung – auch das ist eines der neun Handlungsfelder – wird in den Leistungsdepartements mit der Fachstelle Sexuelle Gesundheit Aargau (Seges) aufgenommen.

Zusätzliche Gelder für Projektstelle

Somit halten sich auch die Kosten in überschaubaren Grenzen. Ein Grossteil der Massnahmen wird über das bestehende Budget finanziert. Zusätzlich zu Buche schlagen wird vorab eine neue Projektstelle für die Weiterbildung und zur Unterstützung der Fachstelle Häusliche Gewalt. Wie viel Geld für die Umsetzung der Istanbul-Konvention vom Kanton aber effektiv an die Hand genommen wird, wurde an der Medienkonferenz nicht beantwortet.

Nachgefragt

«Um das Gewalt-Problem zu lösen, bräuchte es Geld»

Frau Häseli, sind Sie als Präsidentin der Frauenzentrale mit dem kantonalen Massnahmenplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zufrieden?

Gertrud Häseli: Nein. Das Problem ist zwar erkannt, lösen will es die Regierung aber innerhalb der bestehenden Strukturen mit dem bestehenden Personal. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention darf also offenbar nichts kosten, es wird so gut wie kein Geld dafür eingestellt. Man gibt jetzt neu einfach einen Rahmen vor, in dem diese Massnahmen gebündelt werden.

Was haben Sie sich denn stattdessen erhofft?

Ich hatte erwartet, dass die Zuständigkeiten auf der kantonalen Verwaltung klar benannt und dann entsprechend Gelder gesprochen werden. So könnte die Umsetzung der vorgestellten Massnahmen auch eine Wirkung haben.

Was wäre denn das dringendste Anliegen aus Sicht der Frauen?

Dringend notwendig wäre, dass wieder ein kantonales Gleichstellungsbüro eingerichtet wird, das als zentrale An-



Gertrud Häseli, Präsidentin der Frauenzentrale und Grossrätin der Grünen. Bild: Severin Bigler

lauf- und Fachstelle auch für häusliche Gewalt und Gewalt an Frauen geführt wird. Die Fachpersonen auf dieser Stelle würden im Blick haben, wo die Umsetzung der Istanbul-Konvention noch nicht geschehen ist, und könnten entsprechend Druck aufbauen.

Zum Frauenhaus oder Telefondienst für Jugendliche gibt es zuerst noch eine Bedarfsabklärung. Braucht es vielleicht einfach noch etwas Geduld, bis sich Resultate zeigen?

Jede Polizeistatistik zeigt, dass das Problem existiert. Dass es weitere Abklärungen brauche, ist ein fadenscheiniges Argument. Leider hat die Regierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht und ein gesamtgesellschaftliches Problem in den privaten Raum verschoben. Um es zu lösen, bräuchte es aber Geld.

Werden Sie im Grossen Rat aktiv werden und eine konkretere Umsetzung fordern?

Ja. Dieses Thema muss auf die politische Agenda.

Parteien loben wichtige Schritte – doch reicht das Geld?

Der Massnahmenplan wird begrüsst, Mitte und SP sind allerdings skeptisch, ob es ohne zusätzliche Mittel geht.

Eva Berger

Gertrud Häseli, Präsidentin der Frauenzentrale Aargau und Grünen-Grossrätin, kündete es nach der Medienkonferenz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention bereits an: Damit häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpft werden können, muss der Kanton mehr Geld an die Hand nehmen. Häseli wird das per Vorstoss in die Politik einbringen.

Die SP und Die Mitte haben sich des Themas bereits angenommen, am Donnerstag haben beide Parteien Medienmitteilungen mit Stellungnahmen verschickt. Und auch hier ist der Tenor: Die Umsetzung der

Istanbul-Konvention ist ein wichtiger Schritt, dass der grösste Teil der Massnahmen über das bestehende Budget finanziert werden soll, sei aber befremdlich.

Gratis ist kein Schutz zu haben

«Reicht das wirklich mit lediglich einer befristeten Projektstelle?», fragt Grossrätin Maya Bally stellvertretend für Die Mitte. Da sei man etwas skeptisch. Deutlicher sind die Sozialdemokraten: Gratis sei der Schutz von geschlechtsspezifischer Gewalt nicht zu haben, «das ist reine Augenwischerei», lässt sich SP-Grossrätin Lelia Hunziker zitieren.

Der Massnahmenkatalog zähle auf, was es schon gibt, stelle Abklärungen in Aussicht und mache Bedarfsanalysen. «Das sind wichtige erste Schritte, darauf müssen aber zwingend weitere Massnahmen folgen. Das kostet», so Hunziker weiter.

Die SP begrüsse aber, dass der Regierungsrat aktiv wird, schliesslich komme die Umsetzung der Istanbul-Konvention insgesamt nur schleppend voran, seit Inkrafttreten sei kaum etwas passiert.

Auch Männer betroffen von häuslicher Gewalt

Es werde sich zeigen, wie wirksam die Massnahmen sind und ob es noch weitere Anstrengun-

gen braucht, etwa ein Angebot für Männer, gibt Die Mitte zu bedenken. Auch wenn es nur ein Bruchteil der Fälle von häuslicher Gewalt betrifft, gebe es diese doch auch an Männern, was noch immer ein sehr grosses Tabu sein. Allenfalls müsse abgeklärt werden, ob es auch einen Leistungsauftrag für ein Männerhaus brauche.

Erfreut ist Die Mitte, dass die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und damit die Bevölkerung besser sensibilisiert wird. Dass der Aargau ein eigenes Lernprogramm für gewaltausübende Personen schafft, sei absolut essenziell, dass eine Statistik zum Thema aufgebaut werden soll, sei höchste Zeit.

Das sieht Silvan Hilfiker, Fraktionspräsident der FDP im Grossen Rat, anders. Dem Aufbau von neuen Statistiken stehe er kritisch gegenüber, schreibt er an die Medien. «Anstatt unnötig Bürokratie aufzubauen, sind Anstrengungen zielführender, die direkt bei den Betroffenen eine Wirkung erzielen.» Wichtig sei eine gesunde Balance. Dennoch: Dass der Regierungsrat dieser gesellschaftlichen Herausforderung grosses Gewicht gibt, sei richtig und wichtig. «Wir als Gesellschaft sind alle gefordert, Gewalt zu minimieren, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Alter oder sexueller Ausrichtung der Opfer», so Hilfiker.